



nerhalb der Staaten wie auch zwischen ihnen. Unter Wissenschaftlern besteht zumindest darin weitgehend Konsens, dass die Eindämmung des Klimawandels entschiedene Maßnahmen nötig macht. Doch den Regierungen ist jede Entschuldigung recht, um konkrete Schritte zu vermeiden, etwa den Abbau ihrer Beihilfen für fossile Brennstoffe. Je dringender wir politische Führung und eine vernünftige und kraftvolle Politik brauchen, desto geschwächerter erscheint sie.

Es tut weh, einen Präsidenten wie Donald Trump zu hören; er behauptet mit demselben Nachdruck, dass der Klimawandel eine Erfindung ohne wissenschaftliche Grundlage sei, wie er Migranten angreift, als seien sie Verbrecher oder Faulenzer. Es schmerzt zu hören, dass der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro die indigenen Bewohner des Landes angreift oder fordert, Amazonien noch mehr auszubeuten. Solche Fälle führen uns vor Augen, dass wir hier nicht mit Schwierigkeiten des Nordens oder des Südens zu kämpfen haben. Überall können Politiker auftreten, die auf die Probleme nicht vorbereitet sind, die sich als schäbig oder egoistisch erweisen, die vor allem an der eigenen Bereicherung interessiert sind oder die sogar gewalttätig sein können.

Leider sind solche politischen Führer in vielen Fällen über Wahlen in die Regierungspaläste gelangt und in anderen Fällen mit Hilfe autoritärer Metho-

Bewohner eines Stadtteils von Schanghai protestieren im Juni 2015 gegen die Errichtung einer Chemiefabrik.

VICENTE MINA/AFP/GETTY IMAGES

den, die auf die eine oder andere Weise von einem guten Teil der Bürgerschaft hingenommen werden. Nicht wenige darunter begrüßen das sogar.

Es ist nicht hilfreich, von einfachen Annahmen auszugehen. Zum Beispiel garantiert die Menge an wissenschaftlichen Beweisen für den Klimawandel leider nicht, dass Politiker oder die Gesellschaft reagieren. Eine Sorte von Politikern unternimmt wenig oder nichts gegen ökologische oder soziale Missstände, weil sie wissen, dass Untätigkeit keine größeren politischen Folgen hat. Sie folgen einer einfachen Überlegung: Sie denken, dass der Großteil der Bevölkerung stärker daran interessiert ist, seinen Lebensstandard aufrechtzuerhalten oder nach mehr Konsum zu streben, als daran, die auf Erdöl gegründete Gesellschaft zurückzuweisen und so das Weltklima zu schützen. Das ist teilweise nachvollziehbar. Denn tatsächlich wird ein bescheidenerer Lebensstil nötig sein, um den Planeten zu retten, und das führt zum Widerstand jener Kreise, die am meisten privilegiert oder konsumorientiert sind. Aber solches schlichte Denken nährt und stützt Lebensstile, von denen wir wissen, dass sie nicht nachhaltig und außerdem ungerecht sind.

Leider lassen diese komplexen Dynamiken zwischen politischer Führung und Gesellschaft es zu, dass Personen wie Trump oder Bolsonaro Wahlen gewinnen. Als Ergebnis demokratischer Prozesse sitzen sie heute in den Regierungsgebäuden in Washington und Brasilia. In keinem dieser Länder haben sich Mehrheiten in der Wählerschaft herausgebildet, die das verhindert hätten.

Leider auch muss man zugeben, dass heute das Vertrauen schwindet, dass ein demokratisches Regime auf Dauer die Qualität der politischen Führung sichert. Lange Zeit dachte man, Demokratie werde die schlechten Politiker abstrafen und die besseren belohnen. Das am häufigsten angeführte Beispiel dafür sind die Demokratien in Westeuropa; als Gegenbeispiele galten vor allem die Diktaturen in Ländern des Südens.

Das ist eine weitere Vereinfachung, die aus mehreren Gründen kaum mehr aufrechterhalten werden kann. Zum einen wachsen die Zweifel an der Qualität der Demokratie in den Industrienationen – angefangen bei den Vereinigten Staaten mit ihren sonderbaren Wahlmechanismen, den Einschränkungen beim Wahlrecht und der Rolle der Unternehmerschaft. Man könnte meinen, dass Geld dort mehr bewegen kann als Wählerstimmen.

Zum anderen erleben mehrere westeuropäische Staaten eine eigentümliche Mischung aus politischer Krise und zunehmendem Einfluss von Gruppen der extremen Rechten. Bei ihnen gehören demokratische Rückschritte zum Programm und sie bewirken, dass sich die politische Mitte immer stärker nach rechts verschiebt. Ähnliches geht im Süden vorstatten. In Brasilien ist das so weit gegangen, dass die extreme Rechte das Präsidentenamt gewonnen hat.

Es schmerzt, akzeptieren zu müssen, dass langfristige und möglicherweise sehr tiefgreifende Pro-



Jair Bolsonaro lässt sich im Wahlkampf im August 2018 auf einer Agrarmesse feiern. Der neue Präsident Brasiliens will den Schutz der Tropenwälder lockern.

DIEGO VARA/REUTERS

Rechts: Indigene vom Volk der Munduruku gehen 2018 in ihrer Heimat am Amazonas gegen illegale Goldschürfer vor.

MERIDITH KOHUT/NYT/REDUX/LAIF



zesse im Gange sind, deren Folge ist: Jede ernsthafte Debatte über die ökologische Zukunft des Planeten muss sich zwangsweise auch mit der Erneuerung von Politik und Demokratie befassen. Das illustrieren die schleichenden Veränderungen in Lateinamerika. Dort standen 2010 im Durchschnitt 61 Prozent der Menschen hinter der Demokratie; die Zustimmungswerte waren im Jahr 2018 auf 48 Prozent gesunken. Dieser Wandel vollzog sich nicht schlagartig, sondern die Menschen wurden nach und nach von der Demokratie enttäuscht. Natürlich sind die Gegebenheiten von Land zu Land verschieden. Sie reichen von der starken Unterstützung der Demokratie in Venezuela (75 Prozent der Befragten) bis zur sehr geringen Zustimmung von nur 34 Prozent der Bevölkerung in

litik nicht einverstanden ist. Staatsstreich von Militärs erscheinen heute nicht mehr nötig, weil es autoritäre politische Regime gibt, in denen Wahlen abgehalten werden und die sich deshalb als Demokratien ausgeben. Solche sogenannten demokratischen Autoritarismen finden wir in Venezuela oder in der Türkei vor.

Die gängige Sichtweise vieler Politologen war, dass die Bevölkerung in totalitären Staaten, welche ein Minimum an wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Wohlstand erreichten, zügig nach demokratischer Öffnung verlangen würden. Sehr schematisch ging man davon aus, dass Forderungen nach politischer Freiheit und Bürgerrechten folgen, sobald grundlegende Bedürfnisse befriedigt sind. Unter diesem Blickwinkel beobachtete man die Entwicklung Chinas sehr genau. Doch obwohl sich das Land in eine der größten Wirtschaftsmächte verwandelt hat und sich dabei die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung substanziell verbessert haben, herrscht dort weiter ein autoritäres Regime. Gewiss wirken dort Mechanismen der Repression. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass zumindest gegenwärtig einem enormen Teil der Bevölkerung Arbeit und Kaufkraft mehr bedeuten als freie Wahlen.

Vergleichbar ist die Lage in anderen Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftliche Erfolge erzielt haben. Aber Chinas Erfolg ist besonders besorgniserregend aufgrund seiner Schlüsselrolle für

Wenn wir uns den Problemen der Demokratie nicht stellen, gibt es keine wahren Lösungen für die Umweltkrise.

Brasilien (der zweitniedrigste Wert des Kontinents) – das hilft, den Wahlsieg der extremen Rechten dort besser zu verstehen.

In mehreren Industrieländern stellt sich die Situation ähnlich dar. Eine weltweite Untersuchung hat kürzlich zutage gefördert, dass mehr als die Hälfte der Befragten in Staaten wie Japan, Frankreich, Norwegen, Deutschland, Italien oder Spanien mit der Po-



globale und regionale Umweltprobleme. Die Volksrepublik ist das Land mit dem höchsten Ausstoß von Treibhausgasen. Gleichzeitig verbraucht es enorme Mengen an Rohstoffen, die es aus vielen Ländern des Südens importiert, was dort vielfältige Auswirkungen hat.

Hoffnungen waren auch mit den neuen Demokratien verknüpft, die nach Ende des Kalten Krieges in Mittel- und Osteuropa entstanden sind. Doch auch sie sehen sich vielen Problemen gegenüber. Die Haltung der russischen Regierung gibt hier besonders Grund zur Sorge.

Angesichts all dessen kann die Bildung mancher Allianzen nicht überraschen. Auf dem UN-Klimagipfel vergangenes Jahr in Polen zum Beispiel gingen die ersten Angriffe auf wissenschaftliche Studien von der Regierung Saudi-Arabiens aus, doch unterstützt wurde sie anschließend von den Vereinigten Staaten und Russland.

All diese schmerzlichen Tatsachen bedeuten aber nicht, dass Linderung von der Abwendung von Politik oder Demokratie kommen kann. Es wird nicht ausbleiben, dass entschiedene Umweltschützer angesichts von politischer Untätigkeit und drohendem Kollaps des Planeten einen grünen Autoritarismus fordern. Sie mögen argumentieren: Wenn die Umweltkatastrophe es erfordert, kann es vielleicht gerechtfertigt sein, die demokratischen Verfahren eine

Zeit lang aufzugeben. Es wird der Wunsch nach einem „guten Diktator“ aufkommen, der gleichzeitig Kapitalkontrollen verhängt und die Abhängigkeit vom Erdöl beendet.

Das hieße, von einem Revolutionär mit gutem Herzen zu träumen – von einem Robin Hood des 21. Jahrhunderts, der von den Reichen nimmt, damit die Armen und die Natur profitieren. Doch dieser Traum ist in Wirklichkeit ein Alptraum, weil uns dies wieder einem Autoritarismus aussetzen würde, den wir überwinden wollen. Er würde ökologische Fortschritte mit sich bringen, aber der Preis wäre die Zerstörung von Gerechtigkeit.

Wegen dieser Spannungen und Widersprüche schmerzt uns die Demokratie. Wenn wir uns ihren Problemen nicht stellen, gibt es aber keine wahren Lösungen für die Umweltkrise. Die ökologische Frage lässt sich nicht von der politischen trennen – genauso wenig wie die globalen von den lokalen Fragen. Sie alle sind eng miteinander verknüpft.

Wenn uns alles das nicht schmerzen würde, wären wir von einer immensen Empfindungslosigkeit befallen. Eine solche Abstumpfung kann die Schwächung von Politik und Demokratie erklären. Deshalb ist das kein Schmerz, der lähmt, sondern der im Gegenteil den Widerstand nährt und uns weiter für Gerechtigkeit eintreten lässt. Es ist ein Schmerz, der uns daran erinnert, dass wir lebendig sind.

Aus dem Spanischen von **Julia Lauer**.



Eduardo Gudynas ist Forscher am Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Uruguay. 2019 ist er Gastwissenschaftler am Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Anzeige

GREEN WORLD TOUR

- Lifestyle & Mode
- Bauen & Sanieren
- Ernährung & Gesundheit
- Gewerbe & Wissenschaft
- Freizeit & Wohnen
- Geld & Versichern
- Mobilität & Logistik
- Studium & Karriere
- Strom & Wärme

Die Vielfalt der Nachhaltigkeit auf einer Messe!

Messeterminde 2019

Wien
München
Berlin
Hamburg

04. / 05. Mai
18. / 19. Mai
14. / 15. Sept.
28. / 29. Sept.

Münster
Frankfurt
Düsseldorf

05. / 06. Okt.
23. / 24. Nov.
07. / 08. Dez.



Aktive Kinder werden akt

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit wollen Kinder und Jugendliche die Welt von morgen mitgestalten. Sie brauchen Programme, die auf sie zugeschnitten sind.

Die Geschichte des 13-jährigen Amrit zeigt, welche Veränderungskraft Teilhabe entfesseln kann. Der Junge gehört einer ethnischen Minderheit im Süden Indiens an. Seine Eltern arbeiten als Tagelöhner auf dem Feld und ziehen während der Erntezeit von einem Ort zum anderen. Amrits sehnlichster Wunsch war es, zur Schule gehen zu können. Das schien für ihn und seine Freunde unerreichbar, denn die Erntezeiten kollidierten mit den Schulzeiten.

Im Rahmen des Projekts einer Kindernothilfe-Partnerorganisation hatte Amrit eines Tages die Gelegenheit, mit Vertretern des Bildungsministeriums reden. Nachdem er ihnen das Problem geschildert hatte, gründete die örtliche indische Bildungsbehörde tatsächlich Schulen, die unter anderem mit flexibleren Schulzeiten auf die besonderen Bedingungen der Kinder dieser Familien eingehen. Seither besuchen Amrit und seine Freundinnen und Freunde wieder die Schule und bald, so hofft er, wird er seinen Abschluss machen.

Was bei Amrit im Kleinen funktioniert hat, scheint im Großen unerreichbar. Denn recht haben und recht bekommen sind bekanntlich zweierlei Dinge. Auch wenn Möglichkeiten der Teilhabe seit Jahrzehnten in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden, dürfen Kinder und Jugendliche nur selten an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen. Zwar gilt es mittlerweile als unumstritten, dass jeder Mensch von klein auf ein Recht darauf hat, im größtmöglichen Umfang am kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Leben teilzuhaben. Aber Kinder und Jugendliche werden häufig von strukturellen Mängeln wie beispielsweise extrem langen Schulwegen oder fehlenden Schulbussen daran gehindert, ihre Rechte wahrzunehmen, oder auch durch Diskriminierung aufgrund ihrer Religion, Ethnie oder einer Behinderung.

Gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder an der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn neben den Eltern auch die Kinder ihre Rechte kennen und wissen, wie sie diese einfordern können. Werden ihre Anliegen berücksichtigt, wird die Gesellschaft nicht nur kindgerechter, sie wird auch zukunftsfähig.



FÜNF FRAGEN AN ...

Merle Tennie

ist 17 Jahre alt und Schülerin. Sie demonstriert regelmäßig für den Klimaschutz im Rahmen von „Fridays for Future“.



Seit wann interessieren Sie sich für den Klimaschutz?

Ich verfolge schon seit ein, zwei Jahren politische Diskussionen, und der Zustand unserer Umwelt bewegt mich sehr. Ich lebe in einem Dorf in der Nähe von Garzweiler. Wenn ich mit meinem Hund über die Felder gehe, sehe ich über dem Kohlekraftwerk bei jedem Wetter eine große Wolke am Himmel. Das ist bedrückend.

Sind Sie jetzt zum ersten Mal selbst politisch aktiv?

Ja. Mit den anderen Schülerinnen und Schülern der

Bewegung „Fridays for Future“ für einen Ausstieg aus der Kohle zu demonstrieren, war für mich eine Premiere. Es ist ein neues Gefühl, so klar und offen eine politische Position zu vertreten, aber es fühlt sich gut an. Durch unsere Aktion lenken wir mehr Aufmerksamkeit auf den Klimawandel und seine Ursachen. Dafür kriegen wir viele positive Rückmeldungen von anderen besorgten Menschen, aber leider auch immer mal wieder Hassmails.

Mit wem würden Sie am liebsten einmal über den Klimaschutz streiten?

Mit unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet. Weil er sich nie auf etwas festlegt. Immer versteht er alles und gibt allen Recht. Und dann passiert doch nichts. So retten wir das Klima nicht.

ive Erwachsene



Katrin Weidemann
ist Vorstandsvorsitzende
der Kindernothilfe.

ger. Menschen, die von klein auf erfahren haben, dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind, dass ihre Meinung zählt und sie ihr persönliches Umfeld mitgestalten können, werden sich auch später im Erwachsenenalter aktiv einbringen.

Damit Kinder und Jugendliche aktiv an Projekten teilhaben können, braucht es eine gute Programmplanung mit entsprechenden Ressourcen. Das ist für viele Gemeinschaften völlig neu und herausfordernd, vor allem wenn es darum geht, jüngere Kinder einzubeziehen. Auf keinen Fall sollten Kinder nur zu Öffentlichkeitsterminen oder Vorführungen von Theaterstücken, Tänzen oder Liedern und für Fotos eingeladen, aber nicht in den tatsächlichen Prozess einbezogen werden.

Damit echte Teilhabe von Kindern gelingt und nicht lediglich für Zwecke und Anliegen von Erwachsenen instrumentalisiert wird, ist es wichtig, ihre besonderen Ansprüche zu berücksichtigen. Sie sind keine kleinen Erwachsenen. Es braucht eine kindgerechte Sprache und eine sichere Umgebung, um ihnen zu ermöglichen, im Alltag gehört und an Entscheidungen

beteiligt zu werden, die sie betreffen.

Darauf sollten auch nichtstaatliche Organisationen stärker bei der Entwicklung und Planung neuer Projekte oder Programme Rücksicht nehmen – und da-

„Um Kinder einzubeziehen, braucht es mehr Ideenreichtum, Flexibilität und Beharrlichkeit.“

für neben finanziellen Mitteln, entsprechendem Know-how, Erfahrung und qualifizierten Mitarbeitenden vor allem Zeit aufbringen, um sich mit Kindern und ihren Ideen zu beschäftigen.

Das kann mit Hilfe örtlicher Strukturen wie Kinderkomitees geschehen oder auch durch Zusammenarbeit mit Kinderrechte-Clubs. Hilfreich sind altersgerechte Methoden wie beispielsweise das „Bodymapping“, bei dem Kinder ein Bild benutzen und ihre Bedürfnisse und Nöte aufmalen oder aufzeigen, gemeinsam über ihre Lebenssituation nachdenken und passende Projekte und Programme planen. Um Kinder einzubeziehen, brauchen auch Entwicklungsorganisationen mehr Ideenreichtum, Flexibilität und Beharrlichkeit. ■

Wie schlägt sich Ihr Engagement in Ihrem Alltag nieder?

Ich versuche, möglichst wenig Plastik- und Einwegverpackungen zu benutzen. Im Sommer fahre ich mit dem Fahrrad zur Schule, und ich esse wenig Fleisch – und wenn doch, dann sollte es möglichst aus biologischer Haltung kommen. Ich bin aber auch nicht radikal und kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, vegan zu leben. In die Politik möchte ich auf keinen Fall gehen. Ich will mich nicht in alle möglichen Richtungen verbiegen, um allen zu gefallen. In einem Jahr mache ich hoffentlich Abitur. Wenn das geschafft ist, möchte ich am liebsten irgendetwas mit Sprachen machen.

Wie lange gibt es noch die „Fridays for Future“?

Ich versuche nach wie vor, mindestens einmal im Monat mit zu demonstrieren, andere Schülerinnen und Schüler machen es ähnlich. Dazu fahre ich mit dem Bus nach Düsseldorf. Ich würde gern jeden Freitag gehen, aber das ist auf Dauer schwierig, wegen der Schule. Doch so lange von Seiten der Politik nichts geschieht, damit die Klimaziele von Paris endlich eingehalten werden, und so lange wir nicht mit drastischen Konsequenzen rechnen müssen wie etwa Schulverweisen oder Bußgeldern, werden wir weitermachen.

Das Gespräch führte **Barbara Erbe**.

Mitmachen!

Schulkinder unterstützen

Einen Tag im Jahr anderen helfen, statt zur Schule zu gehen – das ist die Grundidee der Kampagne „Dein Tag für Afrika“. Organisiert wird sie vom gemeinnützigen Verein „Aktion Tagwerk“. Schülerinnen und Schüler leisten Hilfsdienste im Freundes- oder Familienkreis, veranstalten Spendenläufe oder organisieren andere Schul- und Klassenaktionen. Das Geld, das sie dabei verdienen, spenden sie an Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in Ruanda, Uganda, Burundi, Äthiopien, Burkina Faso, der Elfenbeinküste und Guinea sowie für junge Geflüchtete in Deutschland. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 13. Klasse. Höhepunkt ist der bundesweite Aktionstag am Dienstag, 18. Juni (Anmeldung unter: www.aktion-tagwerk.de). Schulen können aber auch ihren Aktionstag auf einen selbst gewählten Termin legen. Der Erlös ermöglicht es unter anderem, Kindern in Afrika den Schulbesuch zu finanzieren, psychologische Hilfe für traumatisierte Kinder anzubieten, die Trinkwasserversorgung auszubauen, landwirtschaftliche Beratung zu leisten und Schulkinder in ihrem Alltag zu unterstützen. Details zu den einzelnen Projekten unter www.aktion-tagwerk.de und www.aktion-tagwerk.de/blog. (erb)





Der Präsident genießt den Genfer Luxus

Von Markus Spöndli

Paul Biya hält sich lieber in der Schweiz auf als in seinem Regierungssitz in Kamerun.

Wenn der Staatschef mit Gefolge anreist, bringt er das nötige Geld in bar mit.

Das Hotel Intercontinental in Genf ist kein architektonisches Juwel. Auch das Flair der Umgebung ist weit von dem der Innenstadt oder der Seepromenaden entfernt. Das Fünfsternehotel steht am Rande des „internationalen Genf“; es überblickt den Palais des Nations – den europäischen UN-Hauptsitz – und andere Gebäude internationaler Organisationen. Der Eingangsbereich aus viel Beton gleicht einer Festung, die man durchschreiten muss,

um in das quadratische, grünlich verglaste Hochhaus mit 18 Stockwerken zu gelangen.

In Kamerun ist das Hotel Intercontinental bis in die letzten Dörfer bekannt. Man weiß, dass sich Präsident Paul Biya mitsamt First Lady Chantal und einer beachtlichen Entourage dort offenbar lieber aufhält als im Unity Palace, dem überaus prunkigen, festungsähnlichen Präsidentspalast in der Hauptstadt Yaoundé.

Zuweilen sind Präsident Paul Biya und seine Frau auch in Kamerun – hier geben sie bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2018 ihre Stimmen ab.

PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO

Das Wahlergebnis erwarteten sie dann am Genfer See. Dort residiert das Paar in einer Suite im Hotel Intercontinental, das hier 2015 für diplomatische Verhandlungen gesichert wird.

LAURENT GILLIERON/KEystone/PICTURE ALLIANCE



Die meisten Kamerunerinnen und Kameruner haben nie ein anderes Staatsoberhaupt erlebt als Paul Biya: Seit 1982 ist er Präsident, zuvor war er bereits sieben Jahre lang Premierminister gewesen. Schon sein Vorgänger hatte sichergestellt, dass die Regierungspartei nicht von der Macht zu verdrängt ist – durch institutionelle Tricks, einen ausgeprägten Klientelismus und, wenn nötig, auch plumpe Wahlfälschung.

Doch fast immer, wenn in dem Land am Atlantik etwas Wichtiges passiert, verbringt le président de la République gerade einen „kurzen privaten Aufenthalt in Europa“, wie es die staatlich kontrollierte Zeitung „Cameroon Tribune“ gerne prominent ausdrückt. Das war zum Beispiel so, als im Oktober 2017 kamerunische Sicherheitskräfte Proteste der anglophonen Minderheit brutal niederschlugen. Erst drei Wochen später verkündete die Staatszeitung die Rückkehr des Staatsoberhaupts. In der Zwischenzeit war im Grenzgebiet zu Nigeria bereits ein Kleinkrieg zwischen separatistischen Rebellen und der frankophon geprägten Armee ausgebrochen, der bis heute anhält und weiter zu eskalieren droht.

Selbst seine jüngste Wiederwahl im Oktober 2018 verfolgte Paul Biya vom Hotel Intercontinental aus. Zuvor hatte der 85-jährige einen einzigen Wahlkampfauftritt in Kamerun absolviert; schließlich war der Gewinn der nunmehr sechsten Amtsperiode eine Formsache.

Anfang November flog er rechtzeitig zur Verteidigung nach Yaoundé. Dort ließ er die Demokratie hochleben; in seiner Ansprache gelobte er, für Frieden und Entwicklung zu sorgen – etwa so, wie er dies zuvor schon alle sieben Jahre beim Antritt einer neuen Amtsperiode getan hatte. Kurz darauf bestieg er wieder das Flugzeug.

Zurück im Genfer Hotel, in seiner Präsidentensuite, teilte Biya über Tage hinweg die Gratulationsschreiben der Amtskollegen mit der Weltöffentlichkeit, indem er sie über Twitter und Facebook verbreiten ließ. Darunter war auch der Brief des Bundespräsidenten der Schweiz, Alain Berset, der vergleichsweise nüchtern war. Das Gratulationsschreiben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron fiel hingegen so lang und anbiedernd aus, dass viele dessen Echtheit anzweifelten.

Das war wohl auch der Grund, warum die französische Regierung das Schreiben lieber aus der Öffentlichkeit ferngehalten hätte. Aber es zeigt, dass Biya im Westen noch immer viel Rückhalt genießt. Denn im internationalen Kampf gegen die Terrororganisation Boko Haram, die von Nordnigeria auch in Randregionen Kameruns eingedrungen ist, übernimmt die hochdotierte Armee der Republik eine zentrale Rolle – sehr zur Zufriedenheit der USA und Frankreichs, welche die kamerunischen Sicherheitskräfte seit Jahren unterstützen und selbst Truppen vor Ort haben.

Die Reisefreudigkeit des Ehepaars Biya ist legendär. Doch erst in diesem Jahr haben zwei Recherchen das volle Ausmaß sichtbar gemacht. Im Februar hat das Recherchenetzwerk „Organized Crime and Cor-

ruption Reporting Project“ (OCCRP) eine Studie veröffentlicht. Demnach soll Biya zwischen 1983 und 2017 neben der offiziellen Reisetätigkeit mindestens 1645 Tage privat im Ausland verbracht haben, wobei für drei Jahre keine Daten verfügbar sind. Das habe nach konservativer Berechnung zu Hotel- und Flugkosten in der Höhe von mindestens 182 Millionen US-Dollar geführt. Essen und andere Annehmlichkeiten kamen noch dazu.

In der Schweiz muss Bargeld bei der Einreise nicht deklariert werden. Falls Biya Tüten voller Euronoten mitbringt, muss er das also niemandem sagen.

Eine einzige Nacht im Hotel Intercontinental kostet für die kamerunische Privatdelegation laut OCCRP mindestens 40.000 US-Dollar. Zwar war Paul Biya zumindest 2015 der weitaus bestbezahlte Staatsschef des afrikanischen Kontinents, doch selbst sein Jahreseinkommen von umgerechnet rund 610.000 US-Dollar wäre nach zwei Wochen im Luxushotel längst aufgebraucht.

Anfang November, kurz nach der jüngsten Wahl, lieferte das „Wall Street Journal“ (WSJ) eine Recherche zum innigen, langjährigen Verhältnis zwischen Paul Biya und dem Intercontinental Hotel. Seit 1969 ist Biya dort zu Gast. Und seit er an der Staatsspitze steht, wird das Genfer Luxushotel mehrmals pro Jahr für mehrere Wochen in eine Art Offshore-Präsidentenpalast verwandelt. Zuerst kommt, meist unangekündigt, eine Vordelegation mit Unmengen an Gepäck – so die US-Wirtschaftszeitung, die mit mehreren früheren Hotelmanagern gesprochen hat. Die Hotelleitung lässt dann das gesamte sechzehnte Stockwerk freiräumen, rund zwanzig Zimmer und zwei Ecksuiten. Manchmal kommen noch gegen dreißig Zim-

mer in anderen Stockwerken hinzu, niedrige Chargen werden in günstigere Hotels ausquartiert.

Dann kommt der Mann zum Zug, der im Hotel als „le général“ berüchtigt ist. „Der General“ kommandiert seine eigenen kamerunischen Leute wie auch die Hotelangestellten herum, bis die präsidialen Wohn- und Bürobereiche perfekt eingerichtet sind: Je eine Suite für den Präsidenten und die First Lady, eine eigene gesicherte Telefonzentrale und Internetverbindung. Dann folgt die Kochbrigade mit allen notwendigen Utensilien und Zutaten. Und schließlich kommen: „Lui et elle“.

Er und sie, das sind im Intercontinental die Codenamen für Paul und Chantal Biya. Sie ist die extravagante Hälfte des Ehepaars, sie überragt ihren Mann dank ihrer voluminösen roten Frisur, die in Kamerun als „la banane“ bekannt ist, um einige Zentimeter. Sie lässt sich auch öfter mal in der Hotellobby blicken. Ganz im Gegensatz zu „ihm“, dem Präsidenten, der seine Suite nur selten verlässt. Am ehesten tut er dies für ein morgendliches Jogging. Dafür schleicht er sich durch den Dienstaussgang.

Am Ende ist Zahltag. „Der General“ schreitet mit einer großen Tüte voller Euroscheine in ein Büro der Hotelleitung – so haben es drei frühere Hotelmanager gegenüber dem WSJ geschildert. Ein üblicher Aufenthalt kostete mehrere Millionen Franken, so Christian Penda Ekoka, der jahrelang Chefberater Biyas war, bevor er in die Opposition wechselte. Ekoka sagte dem WSJ, das Geld komme direkt aus der Staatskasse. Damit die Reisen nicht in der Staatsrechnung auftauchen, werde immer alles in bar bezahlt.

Paul Biya hat gute Gründe, die Lobby und den Haupteingang des Hotels zu meiden. Denn er müsste sonst damit rechnen, mit einem gegen ihn gerichteten Protest konfrontiert zu werden. Unter den Exilkamerunern in der Schweiz und in den Nachbarländern spricht sich rasch herum, wann der Präsident wieder „zu Hause“ in Genf ist. Manchmal ist es nur ein einzelner Mann, manchmal eine Gruppe frankophoner oder anglophoner Kamerunrinnen, die sich frühmorgens vor den monströsen Haupteingang stellen und via Megafon Paul Biya aus seiner Hotelfestung schreien wollen.

Heraus kommen dann aber höchstens die mit angereisten Sicherheitskräfte des Präsidenten, die ihre protestierenden Landsleute zurückzudrängen versuchen. „Wir sind hier nicht in Yaoundé“, schallt es ihnen aus dem Megafon aus nächster Nähe entgegen: Wenn der Präsident schon in der Schweiz residiert, muss er auch bereit sein, die hier geltende Freiheit der Meinungsäußerung zu ertragen.

Auf der anderen Seite ist der Kanton Genf und mit ihm die Schweiz offenbar bereit, ein Offshore-Standort für Autokratien zu sein. Das zeigt sich im Fall Biya bildlich, wenn bei Protesten die lokale Polizei aufkreuzt und nicht so recht weiß, wie sie sich gegenüber den kamerunischen Sicherheitskräften verhalten soll.

Und Biya ist kein Einzelfall, wie die Sendung „Temps Présent“ des Westschweizer Fernsehens RTS

Demonstration für die Gleichberechtigung der englischsprachigen Minderheit Kameruns im September 2017. Kurz danach bricht hier im Südwesten des Landes ein Aufstand aus, während der Präsident es sich am Genfer See gut gehen lässt.

AFP/GETTY IMAGES



Ende Juni aufgezeigt hat. So haben sich etwa auch die autoritären Regierungsdynastien Aserbaidschans und Äquatorialguineas im Kanton eingerichtet. Unter Diktatoren gelte Genf als Paradies, weil diese hier durch die sprichwörtliche Diskretion und das staatliche Desinteresse vor jeglicher Strafverfolgung geschützt seien.

Diese Einschätzung teilt auch Marc Guéniat, Rechercheur der auf solche Fragen spezialisierten nichtstaatlichen Organisation (NGO) Public Eye. „In der Schweiz profitieren insbesondere Oligarchen aus der früheren Sowjetunion von Ausnahmeregelungen, die es ihnen erlauben, hier unbehelligt zu leben und auch riesige Grundstücke zu erwerben“, sagt Guéniat, der im Lausanner Büro von Public Eye arbeitet. „Frankreich hat zwar lange in ähnlicher Weise insbesondere Diktatoren aus ehemaligen französischen Kolonien umworben. Doch seit ein paar Jahren sendet zumindest die französische Justiz andere Signale aus.“

So urteilte etwa ein Pariser Gericht 2017, dass ein Sohn des Präsidenten von Äquatorialguinea seine Liegenschaften in Frankreich mit von aus seinem Herkunftsland abgezweigten öffentlichen Geldern aufgebaut habe. Teodorin Obiang wurde zu einer hohen Geldstrafe und einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt, sein in Frankreich liegendes Vermögen gänzlich konfisziert.

Paul Biya hat zwar in Genf keine Liegenschaften erworben. Er lässt aber im Luxushotel Unmengen an Geld liegen, das wohl – wie es der frühere Biya-Vertraute Ekoka nahelegt – aus dem öffentlichen Vermögen Kameruns stammt.

Anders als sämtliche EU-Mitgliedstaaten verzichtet die Schweiz auf eine Deklarationspflicht bei der Einfuhr von großen Mengen an Bargeld. Falls Biya also mit Tüten voller Euronoten in Genf landet, muss er das niemandem sagen – außer wenn ein Zollbeamter ihn direkt danach fragen würde. Klingt das nicht wie eine Einladung, illegitimes Geld in die Schweiz zu schaffen?

Überhaupt nicht, findet das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen: Die Financial Action Task Force (FATF) habe 2016 im Länderbericht zur Schweiz bescheinigt, dass deren Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Geldtransfer weitgehend mit der FATF-Empfehlung übereinstimmen. „Die Schweiz folgt daher den internationalen Standards in diesem Bereich“, schreibt das SIF auf Anfrage. Die FATF ist ein internationales Gremium, dem 36 Industrie- und Schwellenländer angehören und das Schritte gegen dunkle Geschäfte im Finanzwesen fördern soll.

Tatsächlich bescheinigt die FATF-Evaluation der Schweiz Fortschritte: „Es sollte anerkannt werden, dass 2009 ein Kommunikationssystem eingerichtet wurde, um den grenzüberschreitenden Transport von Bargeld zu kontrollieren.“ Doch danach kommt ein ziemlich großes „Aber“, welches das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen unerwähnt lässt: „Das System ist jedoch nicht völlig konform, da

es an abschreckenden Sanktionen bei Nichteinhaltung der Offenlegungspflicht mangelt und die Eidgenössische Zollverwaltung und die Meldestelle für Geldwäscherei nur beschränkt zusammenarbeiten.“ Alles in allem wird in der Evaluation moniert, dass die Zahl an Verdachtsmeldungen (etwa betreffend Geldwäscherei) im Verhältnis zur Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes zu niedrig sei.

Auch im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sieht man keinerlei Handlungsbedarf, was die regelmäßigen Besuche von Paul und Chantal Biya und deren Hilfstruppen betrifft: „Ausländische Staatschefs können sich – in privater Funktion – in der Schweiz aufhalten, ohne dass die Bundesbehörden formell informiert oder in den Besuch einbezogen werden“, antwortet ein EDA-Sprecher auf die Frage, ob in diesem Bereich nicht Reputationsrisiken für die Schweiz bestünden.

Doch die FATF-Evaluation und die neuere Entwicklung in Frankreich zeigen, dass die offizielle Schweiz wenig Grund hat, sich auf vergangenen Fortschritten in der Handhabung von potenziell illegitimen Geldern und von politisch exponierten Personen auszuruhen. Das Ehepaar Biya kann sich hingegen darauf freuen, dass es sich wohl noch einige Jahre lang im Genfer Hotel Intercontinental wird ausruhen können. ■



Markus Spöndli
ist freier Journalist in Nairobi und arbeitet vor allem für Schweizer Medien.

Anzeige

Eine machtkritische Analyse von weltwärts Süd-Nord



Freiwilligendienst auf Augenhöhe?

Eine machtkritische Analyse von weltwärts Süd-Nord

Von Daniel Skoruppa

2018, 133 S., brosch., 26,- €

ISBN 978-3-8487-5296-6

(Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten (ISZF), Bd. 9)

nomos-shop.de/39870

In diesem Band identifiziert Daniel Skoruppa strukturelle Machtverhältnisse und deren Auswirkungen auf verschiedene Ebenen innerhalb der weltwärts Süd-Nord-Komponente. Zentrale Konzepte des Programms wie *Entwicklung*, *Weltbürgertum* oder *Peer-to-Peer* werden reinterpretiert und durch neue Ansätze wie *Powersharing*, *Empowerment* und *multilaterale Freiwilligendienstformate* ergänzt.



www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter

www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

Die Wunde schmerzt noch

Jahrzehntlang wurde in Namibia die schwarze Bevölkerung von Weißen unterdrückt. Die deutschstämmige Minderheit tut sich schwer, dieser Vergangenheit ins Auge zu sehen. Das belastet die Beziehungen der lutherischen Kirchen des Landes.

Von Birgit Morgenrath

W eithin leuchtet der rötliche Sandstein der Christuskirche über Windhuk. Die 1910 erbaute neugotische Kirche ist das wichtigste Wahrzeichen und Touristenziel der namibischen Hauptstadt. Der damalige Pfarrer Wilhelm Anz schrieb, sie solle „mit der Wucht ihres Baues die vielen bescheidenen Backsteinkirchlein der Mission überdauern und ein Wahrzeichen von der Würde des siegreichen deutschen Reiches werden“. Ein Zeichen des Sieges der kaiserlichen „Schutztruppe“ über die aufständischen Ovaherero und Nama, die Anfang des 20. Jahrhunderts gegen ihre Unterdrückung, gegen Landnahme, Prügelstrafen und Vergewaltigungen aufbegehrt hatten. Noch während der Bauzeit waren Überlebende des Genozids in Konzentrationslagern nahe der Kirche unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt.

Diesen Teil der deutschen Kolonialgeschichte hat die Bundesregierung Mitte 2015 offiziell anerkannt: „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ Knapp zwei Jahre später bekannte sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel: „Vergib uns unsere Schuld“ zur Verantwortung der Kirchen. Deutsche Pfarrer hätten „durch die theologische Rechtfertigung von imperialem Machtanspruch und kolonialer Herrschaft den Boden für den Tod vieler Tausender Angehöriger des namibischen Volks vorbereitet“, heißt es darin. „Das ist eine schwere Schuld und durch nichts zu rechtfertigen.“ Die EKD bittet die Nachfahren der Opfer „wegen des verübten Unrechts und des zugefügten Leids aus tiefstem Herzen um Vergebung“.

Seitdem hat sich jedoch wiederholt gezeigt, dass die Wunden, die Kolonialismus, Rassismus und Genozid im heutigen Namibia hinterlassen haben, noch nicht geheilt sind. Auch aus diesem Grund haben die drei lutherischen Kirchen, die die Hälfte der namibischen Christen ausmachen, bis heute nicht zusammengefunden. Zwar loben Vertreter aller drei Kirchen die gute Zusammenarbeit zur Vorbereitung der zwölften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Namibia im Mai 2017. Doch danach tat sich mit dem Streit um die Schuldklärung der EKD zum Völkermord ein neuer Graben auf.

Burgert Brand, der amtierende Bischof der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK), distanzierte sich im Gemeindebrief der Kirchengemeinde Windhuk von der Erklärung. Pfarrer Lorenst Kuzatjike von der überwiegend schwarzen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Republik Namibia (ELCRN) sagt dazu, seine Leute habe diese Haltung „bekümmert“. Die Ablehnung der Schuld „ihrer Vorväter“ bedeute, dass die DELK „Teil



Esther Muinjangue, die Vorsitzende des Ovaherero Genocide Committee, vor einem Denkmal in Windhuk, das an den Völkermord der Deutschen an den Herero und Nama erinnert.

STEPHAN GLADIEU/LE FIGARO MAGAZINE/LAIF

der Zerstörung unserer Beziehungen“ sei. Kuzatjike: „Und sie wollen immer mehr zerstören. Ich denke, die deutsche Kirche hätte als Erste die Rolle des Versöhners übernehmen sollen.“ Auch Uhuru Dempers vom Sozialdezernat der ELCRN, spricht von Spannungen, weil die „Nachfahren der Deutschen“ ihre Mitverantwortung am Genozid „abwehren“.

Die zweite überwiegend schwarze Kirche, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (ELCIN), ist mit 700.000 Gläubigen, die meisten aus der Bevölkerungsgruppe der Ovambo, die größte Kirche des Landes. Sie ist hervorgegangen aus der Finnischen Mission und im Norden Namibias beheimatet. Die ELCIN hat gute Verbindungen zur heutigen Regierungspartei SWAPO, da die ehemalige Befreiungsbewegung unter den Ovambo die meisten Mitkämpfer rekrutiert hatte. Die kleinere ELCRN geht auf die Rheinische Mission zurück. Zu den 400.000 Mitgliedern zählen viele Ovaherero, Nama und Damara in der Mitte und im Süden des Landes.

Die 5000 überwiegend weißen Mitglieder der dritten lutherischen Kirche im Land, der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia, leben in Gemeinden über das ganze Land verteilt. Die deutschsprachigen Lutheraner verhielten sich stets loyal gegenüber den Kolonialherren und gegenüber der südafrikanischen Regierung. 1921 hatte der Völkerbund Südwestafrika unter südafrikanische Verwaltung gestellt. Die Apartheidregimes behandelten das Gebiet wie eine ihrer Provinzen und führten die Rassentrennung ein.

K. R. Sievers, ein ehemaliges Mitglied der DELK-Kirchenleitung, schrieb im Jahr 1995 über die „Namibiadeutschen“: „Der Übergang vom Rassismus der Kaiserzeit und des Nationalsozialismus zum neuen Rassismus der Buren vollzog sich fast nahtlos. Danach gehörte man zur herrschenden Klasse, der es fast 40 Jahre gut ging.“ Mahner seien ignoriert oder „miesgemacht“ worden. Es bestehe ein „erheblicher Nachholbedarf“ bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit.

Mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der schwarzen Bevölkerung in den 1950er Jahren konstituierten sich die traditionellen Missionskirchen ELCIN und ELCRN als unabhängige Kirchen. Auch die bis dahin von Missionaren betreuten, relativ autonomen lutherischen Gemeinden gründeten 1960 ihre Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche. Sie verstand sich als eine Art „Hort des Deutschtums“ und enthielt sich jeglicher Stellungnahme zur Entrechtung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung – etwa als die beiden schwarzen Kirchen 1964 und 1967 gegen die zwangsweise Umsiedlung der Afrikaner in „Homelands“ genannte Reservate protestierten.

Stattdessen habe die deutsche Kirche jeden Gläubigen lediglich individuell auf „echte Mitmenschlichkeit im Verhältnis zwischen Weiß und Nichtweiß“ verpflichtet, zitiert der Soziologe Guido Jura aus einem Beschluss des Gemeindegemeinderates Swakopmund 1960. Strukturelle Abhängigkeiten und poli-



Bischof Ernst Gamxamub von der Evangelisch-Lutherischen Kirche der Republik Namibia (ELCRN) eröffnet im Mai 2017 in Windhuk die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes.

NORBERT NEETZ/EPD BILD

tisch verordnete Unterdrückung habe die DELK hingegen bewusst ausgeblendet.

Ihr Ziel sei gewesen, das „deutsche Luthertum“ sowie den politischen und ökonomischen Status quo zu erhalten. Die DELK blieb auch stumm, als die Vereinten Nationen 1966 Südafrika das Mandat über Namibia entzogen, weil der Apartheidstaat seit 20 Jahren die Aufforderung ignoriert hatte, das Land in die Unabhängigkeit zu entlassen. Daraufhin nahm die Befreiungsbewegung, South West African People's Organization (SWAPO), den Kampf gegen die Fremdverwaltung auf.

Zum historischen Bruch mit den Schwesterkirchen kam es 1971, als diese in einem Hirtenbrief die Apartheid als grobe Verletzung der Menschenrechte verurteilten. Während die Initiative von katholischer und anglikanischer Seite unterstützt wurde, so der Soziologe Jura, habe der damalige DELK-Landespropst Milk „nichts Dringlicheres zu tun“ gehabt, „als sich im Namen der Kirche, der er vorstand, von dem offenen Brief zu distanzieren.“

Zwar gehörte die DELK 1978 zum Gründungsmitglied des namibischen Kirchenrates (CCN), verließ diesen aber neun Jahre später wegen „politischer Spannungen“. Der Rat hatte eindeutig Partei für den Befreiungskampf der SWAPO ergriffen. 1984 schließlich suspendierte der Lutherische Weltbund die DELK wegen mangelnden Engagements gegen die Apartheid. Zwar befasste sich die DELK in den 1980er Jahren unter Landespropst Wilfried Blank erstmals mit dem Selbstverständnis der schwarzen lutherischen Kirchen, die der Befreiungstheologie nahestanden. Doch zur Unabhängigkeit Namibias 1990 sagte die DELK kein Wort.

Anfang der 1990er Jahre gab es Zeichen einer zögernden Annäherung – etwa den Beschluss der DELK-Synode 1993, die Förderung der Einheit der lutherischen Kirchen Namibias zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Dennoch dürfte die Einschätzung des von der Herrnhuter Brüdergemeinde entsandten



Oben: Pfarrer Uhuru Dempers von der ELCRN.

Unten: Bischof Burgert Brand von der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK).

THOMAS KREHWINKEL



Eine Bronzetafel (oben) in der Christuskirche in Windhuk (rechts) erinnert an die „Kameraden“, die während der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia „für Kaiser und Reich“ gefallen sind. Hinweise auf die Opfer der von Deutschen begangenen Massaker fehlen.

THOMAS KREHWINKEL

Auslandspfarrers Karl Schmidt von 1994 zutreffen: „Erst das weltweite Drängen lutherischer Kirchen, schließlich auch der EKD, sowie die allgemeine Ächtung der Apartheid führte zu vorsichtiger Öffnung.“

Praktisch jedoch seien die Gemeinden mit ihrer deutschen Sprache und Tradition unter sich geblieben. Dabei habe es sich nach Ansicht von Schmidt weniger um die Pflege der eigenen Kultur gehandelt, was durchaus nachvollziehbar gewesen wäre. Vielmehr sei es darum gegangen, die Reichen von den Armen, die Weißen von den Schwarzen und von den Opfern des Systems abzugrenzen. Die deutschsprachigen Namibier gehören noch heute zur sehr wohlhabenden Minderheit, die rund ein Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht.

Die deutschsprachige Kirche entpolitisiert alle Konflikte. Die Wörter „Völkermord“ oder „Rassismus“ verwendet sie fast nie.

Nach Ansicht von Uhuru Dempers von der ELCRN ist die Lage zwischen den drei Kirchen trotz Gesprächen auch 30 Jahre nach der Unabhängigkeit Namibias festgefahren. „Wir können uns nicht einigen: Wir erkennen den Völkermord an und wir unterstützen die Resolution des namibischen Parlaments, dass Deutschland sich entschuldigen muss. Und wir wollen über Wiedergutmachung diskutieren.“ Die ELCRN habe sogar zwei namibische Historiker eingeladen, um die Deutschen von der Tatsache eines Völkermordes zu überzeugen, sagt Dempers. Ohne Erfolg. Die DELK verzögere auch eine Entscheidung des Kirchenrates, wie sich die Lutheraner zum Genozid verhalten sollen – 1993 hatte der Rat die DELK wieder aufgenommen. „Unsere Kirche hat dann beschlossen, sich allein mit dem Völkermord auseinanderzusetzen und nicht länger auf irgendeinen Konsens zu warten“, sagt Dempers.

DELK-Mitglieder hingegen betonen ihre persönlichen freundschaftlichen und respektvollen Bezie-



hungen zu Gläubigen der anderen Kirchen. Bischof Brand hebt das Gespräch mit den Bischofskollegen hervor, auch über den Genozid: „Für mich ist die Frage, wie wir miteinander reden, viel wichtiger, als einen politisch richtigen Akzent zu setzen“, erklärt er. Bezeichnend für die in der DELK traditionelle Entpolitisierung jeglicher Konflikte ist allerdings, dass sie in ihren Publikationen die Wörter „Völkermord“ oder „Rassismus“ fast nie verwendet.

Die neueste Ausgabe der jährlichen DELK-Zeitschrift „Perspektiven“ setzt sich unter dem Titel „Namibias schwieriger Umgang mit seiner Kolonialzeit – Versuche zu verstehen“ zum zweiten Mal nach 2016 mit der belasteten Vergangenheit auseinander. Henning Melber, deutsch-namibischer Politologe und Professor in Bloemfontein und Pretoria, schreibt darin, die „Schuldfrage“ habe sich zu einem „fast schon glaubensbekenntnisähnlichen Fixpunkt hinsichtlich der historischen Verantwortung“ der deutschstämmigen Minderheit im Lande entwickelt. Sie verweigere sich mehrheitlich der Auseinandersetzung oder weise die Frage deutscher Kolonialverbrechen als ideologische Fehldeutung von Geschichte aus einer heutigen Perspektive zurück. Doch dies löse das Problem nicht. „Im Gegenteil: Statt die Differenzen zu entkräften, werden diese damit weiter geschürt.“

In der Christuskirche fehlen bis heute Hinweise auf die Opfer der Kolonialherrschaft und auf den Genozid an den Einheimischen. Stattdessen hängen an der rechten Kirchenwand drei kolossale Bronzetafeln mit 2000 Namen. Sie erinnern an die „Kameraden“, die „für Kaiser und Reich“ gefallen sowie an die deutschen Bürger, Frauen und Kinder, die „für das Schutzgebiet“ ums Leben gekommen sind. „Gewidmet von der Schutztruppe und der Bevölkerung dieses Landes.“ Über diese Tafeln werde nun intensiv diskutiert, sagt Bischof Brand. ■



Birgit Morgenrath

ist freie Journalistin für Hörfunk und Print und berichtet seit 30 Jahren über das südliche Afrika.

„Das Christentum ist kein westliches Konzept“

Südafrikas Kirchen plädieren für einen eigenen afrikanischen Entwicklungsweg

Gespräch mit Ndangwa Noyoo



Ndangwa Noyoo ist Sozialwissenschaftler an der Universität Kapstadt und leitet dort den Bereich für soziale Entwicklung.

PRIVAT

Herr Noyoo, die Kirchen waren wichtige Stimmen im Kampf gegen die Apartheid. Wie sieht das heute aus?

Die Kirchen sind ein wichtiger Partner für Graswurzelorganisationen, für die Bewusstseinsbildung und die Verbesserung der Lebensqualität von Benachteiligten in Südafrika. Das gilt aber nicht nur für die christlichen Konfessionen. Wir haben in Südafrika auch eine sehr engagierte liberale muslimische Community. Andere Religionsgemeinschaften wie zum Beispiel Hindus setzen sich ebenfalls für ein besseres Leben der Armen ein. Alle diese Glaubensgemeinschaften erfüllen ihre traditionelle Funktion als spiritueller Anker für viele Menschen und spielen zudem eine wichtige Rolle für die Entwicklung Südafrikas.

Welche Themen treiben die Kirchen vor allem um?

Sie halten der südafrikanischen Gesellschaft einen Spiegel vor, wenn das Land droht, auf Abwege zu geraten. Das war etwa unter Staatspräsident Jacob Zuma von 2009 bis 2018 der Fall, als Korruption und Selbstbereicherung der politischen Klasse überhandnahmen. Zu den besonders wichtigen Stimmen gehört Thabo Makgoba, der anglikanische Erzbischof von Kapstadt. Er hat im Jahr 2017 öffentlich kritisiert, führende Politiker des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) seien korrupt, und forderte in seiner Weihnachtspredigt, Zuma als Staatspräsidenten abzulösen. Ähnlich wie Makgoba hat auch Desmond Tutu, der ehemalige anglikanische Erzbischof von Kapstadt, die Regierenden des ANC mehrfach scharf kritisiert.

Warum ist es wichtig, dass sich gerade die Kirchen einmischen?

Zunächst einmal sind rund vier von fünf Südafrikanern zumindest auf dem Papier Christen. Daher hat es großes Gewicht, wenn die Kirchen Missstände in der Regierung anprangern. Außerdem gehören sie zu den wenigen, die unsere eigenen Leute kritisieren. Heute sind es nicht mehr Weiße, die die Bevölkerungsmehrheit unterdrücken, sondern wir haben es mit dem Fehlverhalten der schwarzen Regierung zu tun. Vertreter des ANC, die eigenen Kameraden aus dem Befreiungskampf, missbrauchen ihre Macht.

Und außer den Kirchen kritisiert das niemand?

Für viele Menschen war das lange ein Dilemma. Es gab den Reflex, trotz kritikwürdiger Politik die

ße Teile der katholischen, anglikanischen und protestantischen Kirchen drängen auf eine eigene, genuin südafrikanische Entwicklung. Das ist nicht nur eine Frage politischer Prioritäten, sondern es betrifft das grundlegende Konzept von Gott und Christentum in einem afrikanischen Kontext. Solche Kirchenleute wollen eine afrikanische Perspektive auf Religion und ein Christentum voranbringen, das weniger westlich dominiert ist.

Was heißt das?

Wir haben das Christentum als ein westliches Konstrukt kennengelernt. Die europäischen Missionare, die uns den Glauben brachten, haben uns immer eingetrichtert, die westliche Sichtweise des Christentums sei die einzig richtige. Dabei haben auch Afrikaner ihren Anteil

„Ich sehe eine Aufgabe der Kirchen darin, ungleiche Machtverhältnisse zu entlarven. Hier müssen sie noch konsequenter werden.“

Reihen zu schließen. Je mehr Zuma sein Amt missbraucht hat, desto mehr wurde er vom ANC geschützt. Es waren Kirchenleute, die gesagt haben, das kann so nicht weitergehen. Aufgabe der Kirche ist nicht nur, zur Entwicklung des Landes beizutragen, sondern öffentlich politische Fragen nach Rechenschaftspflicht, guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu stellen.

Sicher sind nicht alle Kirchenleute so konsequent wie Makgoba oder Tutu, oder?

Die Kirchen bilden natürlich keine homogene Gruppe. Aber gro-

an der Kirchengeschichte, denken Sie etwa an das christliche Reich Aksum ab dem 4. Jahrhundert in Äthiopien. Der Ursprung des christlichen Glaubens liegt außerdem nicht in Europa, sondern im Nahen Osten. Kirchenleute wie Thabo Makgoba betonen heute besonders, dass Jesus ein Palästinenser war, kein Europäer. Und dass er arm war wie viele in Afrika.

Trifft dieses Thema heute einen Nerv bei den Kirchen?

Ja, solche Fragen treiben viele Menschen in den Kirchen Südafri-

kas heute um. Das Verständnis dafür wächst, dass wir einen eigenen Weg für unsere Entwicklung finden müssen. Wie ein genuin afrikanischer Weg aussehen kann, dazu gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. So gibt es zum Beispiel eine Vielzahl kleiner indigener Kirchen, charismatische afrikanische Dorfkirchen. Sie mischen christliche Vorstellungen mit afrikanischen Symbolen und sind letztlich mehr afrikanisch als christlich. Die Kirchengründer werden als Propheten verehrt. Diese Kirchen sind in der Regel völlig unpolitisch. Da gibt es eine große Bandbreite.

Im Westen haben die Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit seit einigen Jahren das Thema Religion entdeckt. Was halten Sie davon?

Hier bin ich vorsichtig, was das bedeutet. Denn die Agenda der Entwicklungspolitik hat großen Einfluss auf unser Land. Nach wie vor dominiert der Norden den globalen Süden auf einseitige Weise und zumindest einige der westlichen Partner verfolgen ihre eigenen Interessen in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir müssen immer schauen, welche versteckten Interessen sich hinter solchen Trends verbergen. Ich sehe auch eine Aufgabe der Kirchen darin, ungleiche Machtverhältnisse zu entlarven. Hier müssen sie noch konsequenter werden. ■

Das Gespräch führte Claudia Mende.

Netflix geht nach Nollywood



Der US-amerikanische Streamingdienst kauft sich in Afrikas wichtigste Filmindustrie ein. Ob das anspruchsvollen afrikanischen Filmemachern mehr Geld und mehr Zuschauer bringt, ist jedoch fraglich.

Von Alessandro Jedlowski

Während des Internationalen Filmfestivals in Toronto 2018 verkündete der globale Streamingdienst Netflix, man habe die weltweiten Vertriebsrechte für das Regiedebut des Nollywoodstars Genevieve Nnaji erworben, die Komödie „Lionheart“. Der Film erzählt von den ungeschickten und bisweilen urkomischen Versuchen von Aadaeze, zusammen mit ihrem Onkel Godswill die von ihrem Vater geerbte Firma vor dem Bankrott zu bewahren. Der Film war die erste Netflix-Originalproduktion aus Nigeria. Der Erwerb der Rechte daran hat bei vielen Filmschaffenden den Eindruck

erzeugt, zwischen einer der weltweit größten Streamingplattformen und Afrikas wichtigster Filmindustrie sei eine neue Ära angebrochen. Aber ist das wirklich so?

Seit ihren Anfängen in den frühen 1990er Jahren hat die Filmindustrie Nigerias, besser bekannt als Nollywood, ein exponentielles Wachstum verzeichnet. Sie ist heute eine der größten Filmindustrien der Welt, die bis zu 2000 Filme pro Jahr produziert. Inzwischen ist diese Zahl nicht mehr so leicht zu überprüfen, da die Filme heute auf den unterschiedlichsten Plattformen (Streamingdienste, Satelliten- und

Kabelfernsehsender, Erstveröffentlichungen auf Video-CDs und DVDs) zirkulieren, ohne dass der Vertrieb von einer zentralen Stelle überwacht wird.

Unbestritten hat Nollywood in Afrika und bei im Ausland lebenden Afrikanern großen kulturellen Einfluss. Genau das hat die nigerianische Filmindustrie für den Streaming-Riesen so attraktiv gemacht. Der Vertrieb nigerianischer Produktionen über Netflix begann um 2015. Damals kaufte der amerikanische Gigant die Lizenz für Kunle Afolayans Kassenschlager „October 1st, Biyi Bandeles „Fifty“ und verschiedene andere Filme, nachdem sie bereits in nigerianischen Kinos gelaufen waren.

Zu beziehen ist Netflix in Nigeria in drei verschiedenen monatlichen Abonnements zu Preisen zwischen umgerechnet sieben und zehn Euro im Monat. Das macht Netflix erschwinglicher als seinen wichtigsten Konkurrenten, den südafrikanischen Satellitenfernsehanbieter DSTV MultiChoice, dessen billigstes Satellitenfernsehpaket für eine monatliche Gebühr von rund 25 Euro zu haben ist. Netflix-Nutzer müssen allerdings die zusätzlichen Kosten für den Internetanschluss mit ins Kalkül ziehen.

Während der vergangenen zwanzig Jahre kamen nigerianische Filme hauptsächlich auf Videobändern und Video Compact Discs (VCDs) in Umlauf. Dieses Verbreitungssystem hat die Filmindustrie in ganz Afrika und bei Auslandsafrikanern populär gemacht. Es hat jedoch verhindert, dass Nollywood sich wirtschaftlich konsolidieren und die künstlerische und inhaltliche Qualität der Filmproduktion steigern konnte. Zudem haben Raubkopien auf dramatische Weise die Vertriebslöse verringert; die Produzenten hatten und haben große Mühe, am Vertrieb ihrer Filme zu verdienen.

Nollywood bevorzugt den Direktvertrieb als Video, weil in Nigeria wie fast überall in Afrika Kinos als Folge der katastrophalen Wirtschaftskrise in den Achtzigern nahezu von der Bildfläche verschwunden sind. In den vergangenen Jahren sind zwar neue Multiplexe entstanden. Dennoch gibt es heute für eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen nur etwa 150 Großkinos. Ein Großteil der Verbraucher kauft Nollywood-Filme auf Videobändern, weil ihnen Kinokarten zu teuer sind.

Vor diesem Hintergrund glauben viele in der Filmindustrie, dass das Streamen die beste Lösung für die Vertriebsprobleme der Branche sein könnte. Betrachtet man jedoch die Geschichte von iROKO.tv, der führenden Streamingplattform für nigerianische Filme, die als „nigerianisches Netflix“ bezeichnet wird, dann stellt man fest, dass die Realität komplizierter ist. Das nigerianisch-amerikanische Unternehmen IROKO.tv wurde 2011 gegründet und rasch zur größten Online-Streamingplattform für ausschließlich nigerianische Inhalte. Als die Firma beschloss, ihren Sitz von Manhattan nach Lagos zu verlegen, stieß sie auf ungeahnte Schwierigkeiten, vor allem in Bezug auf die Infrastruktur in Nigeria

und die feindselige Haltung örtlicher DVD-Händler, die mit Nollywood-Filmen Geld verdienen.

In Nigeria ist die Internetverbindung immer noch zu schwach und zu teuer für das Streamen. Deshalb werden Nollywood-Inhalte aus dem Angebot von iROKO.tv und Netflix vor allem von Nigerianern im Ausland abgerufen. Netflix ist sich dieses

In Nigeria gibt es für eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen nur etwa 150 Großkinos.

Problems bewusst und investiert in die Infrastruktur, um seinen nigerianischen Kunden eine bessere Verbindung zu sichern. Das Unternehmen hat in Partnerschaft mit einer nigerianischen Firma einen sogenannten Dedicated Server in Nigeria installiert, um dort sein gesamtes Angebot zu speichern und die Leistung seines Dienstes zu erhöhen.

Das hat die Qualität zwar wesentlich verbessert, hat jedoch keinen Einfluss auf den Preis des Internet-Datenvolumens für die Kunden. Und der ist eines der Haupthindernisse für ein weiteres Vordringen von Netflix und anderen Streamingdiensten in Nigeria und im übrigen Afrika südlich der Sahara. Die meisten Zuschauer in Nigeria werden Nollywood-Filme auf absehbare Zeit weiter auf DVDs oder in lokalen Kinos anschauen. Der Zugang zu örtlichen Videotheken und zu im Straßenhandel erhältlichen Raubkopien ist nach wie vor die günstigste Option.

Bessere Chancen könnte Netflix dagegen im oberen Segment des Marktes haben, denn in Nigeria ha-

Links: Nollywood-Filme werden vor allem auf DVD vertrieben – so wie in diesem Laden in Lagos.

CRISTINA ALDEHUELA/AFP/GETTY IMAGES

Unten: Große Bühne für Nigerias Filmindustrie: Der Regisseur Kunle Afolayan und die Schauspielerin Genevieve Nnaji diskutieren beim Filmfestival in Toronto im Jahr 2016 über die Zukunft der Branche.

TARA ZIEMBA/GETTY IMAGES



ben wie überall in Afrika reichere Menschen eher Zugang zu einer verlässlichen Stromversorgung und zum Internet. Das könnte der Grund dafür sein, dass der südafrikanische Telekommunikationsriese MultiChoice, der über seine Africa-Magic-Kanäle einen Großteil des Nollywood-Vertriebs in Afrika kontrolliert, auf das gesteigerte Interesse von Netflix an afrikanischen Märkten ziemlich nervös reagiert hat. In Südafrika beispielsweise setzt MultiChoice sich dafür ein, dass Netflix strengeren Vorschriften unterworfen wird. Andere Medienunternehmen, die in dem Land tätig sind, müssen benachteiligte Gruppen fördern und bei der Einstellung von Personal Richtlinien befolgen, nach denen schwarze Bewerber bevorzugt werden sollen.

Am Ende könnte es zwei Nollywoods geben: Billigfilme für die Armen und höherwertige Streifen für die Bessergestellten.

Doch Netflix und MultiChoice sind nicht die einzigen Telekommunikations-Supermächte in Afrika. Auch Frankreichs Canal Plus und der chinesische Kanal StarTimes haben im Laufe der letzten Jahre in Nollywood investiert. Der Konkurrenzkampf zwischen all diesen Unternehmen wird sich für Zuschauerinnen und Zuschauer in Nigeria und auf dem ganzen Kontinent vermutlich günstig auswirken: Die Folge könnten niedrigere Abonnementgebühren fürs Streamen und für TV-Inhalte sein.

Wahrscheinlich wird es auch weitere Investitionen in Inhalte und in die Infrastruktur geben. Und es könnte sein, dass Nollywood-Filme in Afrika und weltweit stärker verbreitet werden. Allerdings bleibt abzuwarten, welchen Nutzen diese Entwicklungen für die Produzenten haben werden. Bislang haben ausländische Investitionen in Nollywood meistens dazu geführt, dass noch mehr vom Selben produziert wurde. Die Arbeitsbedingungen für Filmteams und Schauspieler – in der Regel niedrige Budgets, oft gerade mal 5000 bis 10.000 US-Dollar, und kurze Drehzeiten (eine Woche für einen Spielfilm) – haben sich nicht geändert.

Tatsächlich scheinen Großinvestoren hauptsächlich an Nollywoods Popularität bei afrikanischen Zuschauern interessiert zu sein. Nigerianische Filme einem internationalen Publikum schmackhafter zu machen, steht dagegen nicht auf ihrer Agenda. Das bedeutet, dass sie in den meisten Fällen nicht bereit sind, viel Geld in Produktionsbudgets zu stecken. Stattdessen investieren sie in bessere Vertriebsnetze, um aus der nigerianischen Filmindustrie so viel Profit wie möglich zu schlagen. Und die meisten afrikanischen Zuschauer sind mit Nollywood, so wie es ist, im Grunde ganz zufrieden – auch wenn sie sich immer wieder über die niedrige Qualität und die Wiederholung von Filminhalten und ästhetischen Mitteln beschweren.



Alessandro Jedlowski
ist Medienanthropologe an der
Freien Universität Brüssel.
Er forscht zur Film- und
Fernsehproduktion in Nigeria,
Äthiopien und der Elfenbeinküste
und hat dazu mehrere Bücher
verfasst.

Dennoch sind in Nollywood in den vergangenen Jahren einige größere Produktionen mit höherem Qualitätsanspruch entstanden. Allerdings waren sie nicht etwa das Ergebnis von Investitionen ausländischer Firmen wie Netflix, Canal Plus oder MultiChoice. Nigerianische Produzenten selbst sind am meisten auf eine bessere Qualität ihrer Filme bedacht. Sie möchten ihrem Publikum anspruchsvollere Inhalte bieten und internationale Leinwände erreichen.

Vor allem unabhängige Produzenten oder Investoren, die mit dem neuen Geschäftszweig der Multiplexe in Nigeria zu tun haben, haben in derartige Projekte investiert. Beim einheimischen Publikum sind die Namen unabhängiger Produzenten und Regisseure wie Kunle Afolayan, Abba Makama, Ema Edosio oder Daniel Oriahi zu Synonymen für künstlerisch höherwertige Produktionen geworden. Einen ähnlich guten Ruf haben einheimische Medienunternehmen wie EbonyLife TV, FilmOne und BiolaAlabiMedia.

Die Filme, die diese Unternehmen und Regisseure produzieren, sind zwar beim heimischen Publikum oft sehr erfolgreich. Sie werden tendenziell aber nicht so weit verbreitet, weil ihre Rechteinhaber beim Vertrieb sehr vorsichtig sind: Gegenüber informellen lokalen Vertriebsnetzen bevorzugen sie Kinonetze und Streamingplattformen. Immerhin haben sie beträchtliche Summen in ihre Produktionen gesteckt.

Das macht diese Filme bei Eliten und einem internationalen Publikum bekannter als beim herkömmlichen einheimischen Publikum, das einmal die Stammkundschaft der Branche gebildet hat. Einkommensschwache Zuschauerinnen und Zuschauer wären vermutlich begeistert von diesen hochwertigen Produktionen, haben aber oft nur schwer Zugang zu ihnen und schauen deshalb weiterhin inhaltlich weniger anspruchsvolle Filme, die sie sich leisten können.

Die Schlüsselfrage lautet daher: Werden die Leute, die Geld und Mühe in die Produktion qualitativ höherwertiger Filme stecken, von Netflix profitieren, so dass sie auch in Zukunft in künstlerisch wertvolle Inhalte investieren? Oder werden am Ende Netflix und andere internationale Firmen Nollywood übernehmen, um möglichst viel Geld damit zu machen, ohne die Industrie künstlerisch voranzubringen?

Höchstwahrscheinlich wird sich die Filmindustrie weiter aufspalten, so wie sie es bisher immer getan hat. In Zukunft wird es mindestens zwei Nollywoods geben: das eine fürs Massenpublikum, das wie bisher die Billigproduktionen auf DVD oder lokalen TV-Sendern anschaut, und das andere für die reicheren Kunden, die Internet haben oder ins Kino gehen. Sie werden imstande sein, die teureren Produktionen anzuschauen, die dann hoffentlich von nigerianischen Produzenten gemeinsam mit internationalen Streamingdiensten wie Netflix produziert werden.

Aus dem Englischen von **Juliane Gräbener-Müller**.



Bedrohter Alltag: Im Dorf Nueva Esperanza beschlagen Holzfäller ein Pferd.

Friedensdörfer unter Druck

Von Knut Henkel (Text und Fotos)

In humanitären Zonen im Norden von Kolumbien wollen Dorfgemeinschaften in Sicherheit leben. Doch unter dem neuen Präsidenten sind die Paramilitärs wieder auf dem Vormarsch.

Javier Velásquez nimmt den Fuß vom Gas, lenkt den schweren Geländewagen an den Straßenrand und fragt Carolina Camacho, ob er das weiße Tuch über die Motorhaube spannen soll. Die Mitarbeiterin der Interkirchlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CIJP) blickt kurz von ihrem Mobiltelefon auf und nickt. Der Wagen hat soeben den Ort Pavarandó passiert; von hier führt die einzige befestigte Straße in das Dorf Nueva Esperanza, eine von drei humanitären Zonen im Verwaltungsbezirk Chocó im Norden Kolumbiens, nicht weit von der Grenze zu Panama.

„Hier sind in den letzten Monaten wieder verstärkt Paramilitärs aufgetaucht“, sagt Camacho, „nicht nur, weil die Region strategisch wichtig ist, sondern auch weil die Paramilitärs und andere kriminelle Banden Waffen nach Kolumbien und Drogen nach Panama schmuggeln.“ Die Pädagogin mit dem hochgesteckten, schwarzen Haar ist im Juni 2018 als freiwillige Lehrerin in den Chocó gekommen, um mit den Kindern in den insgesamt drei humanitären Zo-

nen des Verwaltungsbezirks zu arbeiten. Heute koordiniert sie als Mitarbeiterin der CIJP ein Schulprojekt der drei Zonen mit insgesamt etwa 1500 Einwohnern.

Nueva Esperanza ist mit einem Stacheldrahtzaun und einem stabilen Holzgatter gesichert. Transparente machen darauf aufmerksam, dass Bewaffnete keinen Zutritt haben. Darüber weht an einem mehrere Meter hohen Bambusmast ein weißes Stück Stoff; links und rechts vom Tor prangt das Logo der Internationalen Friedensbrigaden (PBI). Die Menschenrechtsorganisation begleitet die Gemeinde gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen und sorgt so für Schutz und internationale Aufmerksamkeit.

Das Modell der humanitären Zonen geht auf eine Initiative der Anwälte der Interkirchlichen Kommission aus dem Jahr 2001 zurück. Die Zonen sollen der Zivilbevölkerung Schutz in Konfliktgebieten bieten. Derzeit gibt es dreizehn solcher humanitären Zonen in Kolumbien; die meisten werden von der Interkirchlichen Kommission begleitet und beraten. Der



Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Zonen anerkannt, was für relative Sicherheit sorgt.

Ein Jugendlicher öffnet das Tor, nachdem er den silberfarbenen Geländewagen mit Javier Velásquez und Carolina Camacho identifiziert hat, und lässt ihn passieren. Ein einfachen Holzhäusern geht es die Schotterpiste hoch bis zur Schule des Ortes. Velásquez parkt den Wagen vor der offenen Versammlungshalle neben der Schule. Kurz darauf begrüßen Alberto Franco und Benjamín Sierra die Neuankömmlinge. Sierra ist der Vorsitzende des siebenköpfigen Gemeinderats der humanitären Zone, Franco ist Pfarrer und Leiter der Interkirchlichen Kommission.

„Die Situation ist brisant“, berichtet Franco. „Vor kurzem sind acht Paramilitärs hier aufgetaucht und haben nach zwei Dorfbewohnern gefragt.“ Erst als sie bemerkt hätten, dass PBI-Freiwillige im Dorf sind, hätten sie mit den Worten „die Gringo-Hurensöhne sind da, hauen wir ab“ wieder kehrtgemacht, sagt Sierra. Verbände der Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC), eine der größten paramilitärischen Gruppen Kolumbiens, patrouillieren in der Umgebung des Dorfes.

Im Jahr 2006 wurde der Dachverband der Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC) demobilisiert, doch die Strukturen blieben weitgehend erhalten. Heute agieren paramilitärische Nachfolgeorganisationen in fast allen Landesteilen Kolumbiens, kontrollieren in vielen Fällen den Kokaanbau und den Drogenschmuggel, blockieren mit Waffengewalt die Rückgabe von Land an Kleinbauern und verfolgen Aktivisten sozialer Gruppen und Menschenrechtsorganisationen. Auch Padre Alberto Franco hat zahlreiche Morddrohungen erhalten und kann sich nur mit Leibwächtern im gepanzerten Wagen im Land bewegen. Trotzdem ist er gekommen, um die Gemeinde zu unterstützen.



Das weiß Benjamín Sierra zu schätzen. „Die internationale Begleitung sichert uns das Überleben. Ohne sie wären wir nicht mehr hier“, sagt Sierra. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Iván Duque sei die Zahl der Paramilitärs in der Region gestiegen. Mindestens 400 hielten sich in der Region auf, glaubt der Gemeinderatsvorsitzende. Er vermutet, dass sie ihr Camp rund 20 Fahrminuten von Nueva Esperanza aufgeschlagen haben – quasi unter den Augen der kolumbianischen Armee.

Denn die kontrolliert die wichtigsten Zufahrtsstraßen in die Region, darunter auch die Straße nach Pavarandó. „Trotzdem können sich die Paramilitärs frei bewegen“, sagt Sierra. Das sei für die Dorfbewohner nicht nur ein Risiko, sondern auch ein Indiz für die Kooperation zwischen Armee und AGC. Auch der Mord an einem Jugendlichen aus der Gemeinde Mitte Februar macht misstrauisch. Aufgeklärt wurde der Mord bisher nicht, doch die Dorfbewohner verdächtigen die Paramilitärs.

Dass Paramilitärs und Armee Hand in Hand arbeiten, ist in der Region nichts Neues. Ende der 1990er Jahre vertrieben sie gemeinsam mehrere Tausend Kleinbauernfamilien, die an den Ufern der Flüsse Jiguamiandó, Curvaradó und Bayo Atrato lebten. Mindestens 4000 Menschen mussten damals ihre Dörfer verlassen – darunter ein Großteil der 75 Familien, die heute in Nueva Esperanza leben. Bei der als Operación Génesis bekannt gewordenen Aktion wurden viele Frauen und Männer ermordet, gefoltert und vergewaltigt.

Die Erinnerung daran prägt vor allem die Älteren. Einer von ihnen ist Erasmo Sierra, der Vater von Benjamín Sierra. Der 75-jährige hat sich mittlerweile auch in der Versammlungshalle eingefunden, um die Neuankömmlinge zu begrüßen. Sein Alter ist dem kräftigen Mann mit den indigenen Gesichtszügen nicht anzusehen. Er engagiert sich nach wie vor in ei-



Oben: In der Versammlungshalle beraten die Einwohner von Nueva Esperanza über Angelegenheiten ihres Dorfes.

Mitte: Padre Alberto Franco leitet die Interkirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, die das Modell der humanitären Zonen entwickelt hat.

Rechts: Bildung wird großgeschrieben in Nueva Esperanza – zwei Mädchen machen Hausaufgaben.



ner der Kommissionen, die das Leben in den humanitären Zonen organisieren.

„Nach unserer gewaltsamen Vertreibung haben wir begriffen, dass wir nur eine Chance haben, wenn wir uns einig sind“, sagt er. „Deshalb haben wir eigene Strukturen aufgebaut.“

Für die Zonen gelten andere Regeln als im Rest des Landes. Solidarität und Einigkeit in der Dorfgemeinschaft werden großgeschrieben. Mehr als ein halbes Dutzend Kommissionen organisieren das alltägliche Leben. Sie kümmern sich um die Gesundheit, die Wasserversorgung, die Rechte von Jugendlichen und Frauen und die Bildung. Dabei koordinieren sie ihre Arbeit mit den benachbarten humanitären Zonen in Pueblo Nuevo und Villaflores. Gemeinsam haben die drei Gemeinden eine Schule gebaut, in der die Älteren ihr Abitur nachholen können.

Zu denen gehört auch Luz Dani Sierra, eine der Töchter von Erasmo Sierra. Der 25-Jährigen gefällt, dass die Situation und Geschichte der drei Dörfer im



Unterricht eine große Rolle spielen. Das Unterrichtskonzept wurde mit Hilfe der Interkirchlichen Kommission entwickelt und soll die Widerstandskultur in den Dörfern stärken. Denn deren Rechte werden nicht nur von den Paramilitärs ignoriert, sondern auch von nationalen und internationalen Konzernen. Die haben es sowohl auf die Edelhölzer abgesehen, die im tropischen Regenwald der unzugänglichen Region noch zu finden sind, als auch auf mutmaßliche Goldvorkommen. Zudem haben sie weit-

läufige Palmölplantagen angelegt – teilweise auf Land, das ihnen nicht gehört.

Von den Gemeinden ist diese Art Unterricht ausdrücklich erwünscht: „Wir wollen eine Bildung mit lokalem Bezug und die Inhalte selbst bestimmen“, sagt Benjamín Sierra. Der Ansatz wird auch aus Deutschland vom Kinderhilfswerk *terres des hommes* unterstützt, das mit der Interkirchlichen Kommission seit zwanzig Jahren zusammenarbeitet und sie finanziell unterstützt. Der Lehrplan färbt auch auf den Unterricht der staatlichen Schule in Nueva Esperanza ab, die gegenüber der Versammlungshalle liegt. Dort unterrichtet Heidi Paula Romaña Caballero. Für die Afrokolumbianerin von Anfang dreißig ist klar, dass sie mit dem Abschlussjahrgang die Geschichte der Vertreibung und Rückkehr nach Nueva Esperanza durchnehmen wird. „Das ist für die Identität der Schüler genauso wichtig wie die Geschichte des Bürgerkriegs und das Friedensabkommen mit der FARC“, sagt Romaña Caballero. Aus ihrer Sympathie für den Widerstandsgeist der Dorfbewohner macht sie keinen Hehl.

Anfang März 2019 flogen die Richter der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) nach Cacarica, um ihre erste Anhörung in einer ländlichen Region abzuhalten. Die Sonderjustiz ist beauftragt, Verbrechen während des Bürgerkriegs juristisch aufzuarbeiten. Vertreter von Opfergruppen aus dem Chocó und der Region Urabá waren angereist, um zu Menschenrechtsverletzungen von Armee und Paramilitärs sowie der FARC- und der ELN-Guerilla in den Jahren 1986 bis 2016 auszusagen.

Auch Erasmo Sierra hatte die Reise in das eine Tagesreise entfernte Cacarica unternommen. Die Anhörung hat ihm Hoffnung gemacht, dass 22 Jahre nach der Vertreibung der Familien aus Nueva Esperanza gegen die dafür verantwortliche Armeebriade 17 und deren Befehlshaber ermittelt werden könnte. „Wir wollen erfahren, warum Armee und Paramilitärs so brutal gegen uns vorgegangen sind“, sagt er.

Allerdings weiß auch er, dass Kolumbiens Justiz nie ernsthaft gegen die Täter ermittelt hat. Und seit der Amtsübernahme von Präsident Duque zweifelt Sierra, dass sich das ändern wird. Die neue Regierung hat nicht nur den JEP-Richtern Steine in den Weg gelegt, sondern zeigt auch bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla wenig Engagement. So ist die vereinbarte Reintegration der FARC-Guerilleros ins zivile Leben kaum vom Fleck gekommen, und auch die Kommission, die für mehr Sicherheit in Regionen wie dem Chocó sorgen und die Paramilitärs bekämpfen soll, hat sich seit der Vereidigung des neuen Präsidenten gerade einmal getroffen.

Nicht zuletzt deshalb haben die Paramilitärs ihren Aktionen landesweit ausgeweitet. Sie werden für das Gros der zunehmenden Morde an Aktivisten von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Gruppen verantwortlich gemacht. Doch aufgeben kommt für die Familie Sierra und für die anderen 75 Familien von Nueva Esperanza nicht in Betracht. ■



Knut Henkel
ist freier Journalist in Hamburg und bereist mehrmals im Jahr Lateinamerika.

Burundi macht Helfern das Leben schwer

Geber lehnen die Forderung nach ethnischer Identifizierung von Mitarbeitern strikt ab

Im Herbst vergangenen Jahres hat die burundische Regierung die Arbeit sämtlicher ausländischer Hilfsorganisationen vorübergehend gestoppt und verlangt, diese sollten binnen dreier Monate die ethnische Herkunft ihrer burundischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter melden. Einige Organisationen haben darauf die Arbeit in dem zentralafrikanischen Land eingestellt, andere haben versucht, sich mit der Regierung zu arrangieren.

Die Regierung in Burundis Hauptstadt Bujumbura begründet ihre Vorgabe mit einer Regelung aus dem Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahr 2000, das den burundischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre beendet hat. Eine Regelung darin sieht vor, dass in der Regierung, dem Parlament und der öffentlichen Verwaltung die Posten im Verhältnis von 60 zu 40 zwischen den beiden ethnischen Gruppen der Hutu, die wie im benachbarten Ruanda die Bevölkerungsmehrheit stellen, und der Tutsi aufgeteilt werden. Im Oktober vergangenen Jahres forderte die Regierung die im Land tätigen ausländischen Hilfsorganisationen auf, die ethnische Zusammensetzung ihrer Mitarbeiterschaft zu melden und bis zum Jahr 2021 die Quote nach dem Arusha-Abkommen zu erfüllen.

Organisationen wie etwa das internationale Hilfswerk Handicap International haben ihre Arbeit in Burundi seitdem eingestellt. Andere haben Auswege gefunden und arbeiten weiter, ohne der Aufforderung der Regierung nachzukommen. Terre des hommes Schweiz etwa hat in Burundi ein Büro mit 50 lokalen Angestellten. Nach Bekanntwerden der Regierungsvorgabe wurde die Arbeit zunächst eingestellt, bis die Organisation eine Lösung fand. Das Büro stieß auf eine burundische Regelung, nach der Stiftungen anders behandelt werden als NGOs und von der eth-

nischen Quote ausgenommen sind. Da Terre des hommes eine Stiftung ist, kann die Organisation weiterarbeiten.

Deutsche Hilfsorganisationen fürchten, die Meldung der ethnischen Herkunft lokaler Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen könnte zum Anheizen eines ethnisch motivierten Konflikts missbraucht werden. Ein intensiver Austausch untereinander und mit der Bundesregierung hat nach Auskunft von NGO-Vertretern, die ungenannt bleiben wollen, Einvernehmen ergeben, dass eine Weitergabe personenbezogener Daten nicht mit dem Grundsatz von Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu vereinbaren sei.

Die Bundesregierung fördert in Burundi Projekte unter anderem von Oxfam, der Kindernothilfe, World Vision, der Deutschen Welthungerhilfe, Caritas International, der beiden Kirchen sowie des Zivilen Friedensdienstes. Zwar konnten sich alle Organisationen, die mit deutscher Förderung in Burundi ein Büro unterhalten, seit der Suspendierung wieder registrieren, wie das Entwicklungsministerium (BMZ) in Berlin mitteilt. Doch über die Umstände wird meist nur im Schutz der Anonymität berichtet. Niemand will die Arbeit vor Ort gefährden; es bleibt große Verunsicherung.

Einige Organisationen haben anonymisierte Daten eingereicht

„Wir sind nach wie vor beunruhigt“, sagt Ara Stielau, Bereichsleiterin für Auslandsprojekte von medica mondiale. „Es ist ein sehr intransparenter Prozess“, fügt die für Burundi zuständige Projektreferentin von Oxfam in Berlin hinzu. Einige Organisationen haben keine Daten eingereicht und stattdessen in einem Schreiben ihre Verpflichtung auf wesentliche Prinzipien von Gleichberechtigung, Versöhnung, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten betont. Ande-



Ein christliches Krankenhaus in Burundis Hauptstadt Bujumbura. Ohne die Initiativen nichtstaatlicher Organisationen bekäme ein Großteil der armen Bevölkerung keine medizinische Versorgung.

SPENCER PLATT/GETTY IMAGES

re haben anonymisierte Daten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingereicht. Niemand schließt aus, dass das burundische Innenministerium weitere Informationen verlangt.

Die Bundesregierung hat sich nach der Sperre nach eigenen Angaben eng im Geberkreis ausgetauscht und in Bujumbura vorgesprochen. Eine BMZ-Sprecherin erklärt, die Autonomie der Hilfsorganisationen sei von größter Bedeutung. „Die Einstellung von Personal soll sich nach Auffassung der Bundesregierung nach der Qualifikation richten, was auch bedeutet, dass wir die Weitergabe von Namenslisten mit ethnischen Angaben ablehnen.“ Diese Haltung habe man in Gesprächen mit der Regierung deutlich gemacht. „Nach Verhandlungen zwischen Regierung und internationalen Gebern über die Auslegung der Bestimmungen konnte sich ein Großteil der internationalen Organisationen – ohne die Weitergabe von Namenslisten

mit ethnischen Zugehörigkeiten – wieder registrieren“, erklärt die BMZ-Sprecherin. Darunter seien alle Kooperationspartner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die EU-Kommission nennt die Forderung nicht akzeptabel

Die Schweizer Regierung hatte im Oktober 2018 zusammen mit der Europäischen Kommission sowie den Regierungen der USA, Kanadas und Japans in einer Pressemitteilung die burundische Regierung zum Dialog aufgefordert und auf die Bedeutung der Arbeit der Hilfsorganisationen hingewiesen. Die EU-Kommission lehnt wie das BMZ das burundische Vorgehen klar ab. „Die EU kann die Bereitstellung von Informationen über die ethnische Zugehörigkeit von Mitarbeitern nicht akzeptieren“, heißt es aus Kommissionskreisen. Organisationen, die der Forderung nachkommen, droht die Behörde mit „Konsequenzen“, ohne dies zu präzisieren. Viele in Burundi tätige inter-

nationale NGOs hängen zumindest teilweise von Geld aus Brüssel ab.

Mit Stand Anfang Januar förderte die EU-Kommission in Burundi rund 20 NGO-Projekte. Es gebe Verträge mit 16 Organisationen, wegen Konsortien würden aber mindestens rund 25 Organisationen gefördert, heißt es aus Brüssel. Das Gesamtvolumen der EU-

Förderung beträgt demnach knapp 44 Millionen Euro.

Die Motive der Regierung von Präsident Pierre Nkurunziza für die neue NGO-Vorgabe bleiben undurchsichtig. Schon früher hat sie versucht, sich in die Personalpolitik von ausländischen Organisationen einzumischen und auf ihre Fördergelder zuzugreifen. Äußerun-

gen des Präsidenten und von Regierungsvertretern weisen darauf hin, dass die Regierung am liebsten gar keine internationalen Organisationen im Land hätte. Ein Mitarbeiter der burundischen Botschaft in Brüssel sagte laut dem Online-Dienst Devex, die Arbeit der Hilfsorganisation bringe nichts für die Entwicklung des Landes.

Motivierend wirkt diese Gängelung jedenfalls nicht. Ein Mitarbeiter der in Genf ansässigen Hilfsorganisation FXB International sagt: „Unsere Kollegen in Burundi fühlen sich überhaupt nicht vom Staat unterstützt, obwohl es bei ihrer Arbeit darum geht, Probleme zu lösen, die der Staat nicht bewältigen kann oder will.“ (cst/ell/maz/ps)

STUDIE

Nothilfe und Entwicklungshilfe noch kaum verzahnt

In Somalia ist rund ein Drittel der Bevölkerung nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) auf humanitäre Hilfe angewiesen. Somalia sei ein Land, in dem der „Krisenzustand zur Norm geworden ist“, schreiben die Autoren des Berichts, Alfonso Medinilla, Lidet Tadesse Shiferaw und Pauline Veron. Allerdings sei die politische Situation derzeit so stabil wie lange nicht mehr seit dem Zusammenbruch des Zentralstaats im Jahr 1991. Deshalb sei es an der Zeit, die humanitäre Hilfe enger mit der Entwicklungszusammenarbeit und mit Friedensinitiativen zu verknüpfen, um das Land zu stabilisieren und von der Hilfe unabhängig zu machen.

Dahinter steht der sogenannte Triple-Nexus-Ansatz. Die Idee: Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensprojekte müssen miteinander verzahnt werden, weil das eine nicht ohne das andere funktioniert. In Krisensituationen schafft erst die Nothil-

fe die Voraussetzung für längerfristig angelegte Entwicklungsprojekte. Und umgekehrt helfen erfolgreiche Entwicklungsprojekte bei der Bewältigung von Krisen, etwa einer Dürre.

Die Autoren haben untersucht, wie dieser Ansatz in Somalia funktioniert. Dafür haben sie Dokumente und Strategiepapiere ausgewertet sowie insgesamt 25 Interviews mit Mitarbeitern von UN-Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und mit Vertretern von Gebern geführt. Beauftragt wurde die Studie von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Kooperation scheitert oft an eingeschliffenen Arbeitsweisen

Das Ergebnis ist ernüchternd. Oft scheitert eine engere Verzahnung an eingeschliffenen Gewohnheiten und Arbeitsweisen der Beteiligten: So plane eine humanitäre Hilfsorganisation eher kurzfristig; eine Entwicklungsorganisa-

tion habe einen vergleichsweise längeren Zeithorizont. Auch dass die Gelder jeweils getrennt in die verschiedenen Sektoren fließen, sei ein Problem. Manchmal verstehen die beteiligten Akteure unter einem Begriff zwei verschiedene Dinge. Beispiel Frieden: Während Geber vor allem den Aufbau funktionierender Sicherheitsbehörden fordern, arbeiten kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen mit Gemeinden an der Lösung lokaler Konfliktherde, heißt es in der Studie.

Die meisten Organisationen sehen den Begriff „Resilienz“ als einen geeigneten Einstieg, um ihre Arbeit in Zukunft enger zusammenzuführen, schreiben die Autoren. Darunter lassen sich sowohl die kurzfristige Hilfe in Notsituationen als auch langfristige Entwicklungsprojekte fassen. Wie ein neuer begrifflicher Rahmen etwas an der von den Autoren beschriebenen Situation ändern soll, bleibt allerdings unklar.

Die Studie ist lesenswert, weil sie verdeutlicht, wie schwer sich abstrakte politische Konzepte und Wünsche in die Arbeit vor Ort übersetzen lassen. Sie bietet zudem einen Überblick über die entwicklungspolitische Szene in Somalia. (me)



Alfonso Medinilla u. a.

Think local. Governance, humanitarian aid, development and peacebuilding in Somalia

ECDPM Discussion Paper No. 246

März 2019, 33 Seiten, www.ecdpm.org

BERLIN

Notfalls per Gesetz

Die Bundesregierung ist uneinig über verbindliche Regeln für Lieferketten

Deutsche Unternehmen sollen die Arbeitsbedingungen bei Zulieferern im Ausland verbessern. Entwicklungsminister Müller droht mit einem Gesetz, Arbeitsminister Heil will abwarten – und hofft auf eine europäische Lösung.

Die Zivilgesellschaft applaudierte, als aus dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) Anfang Februar ein Gesetzentwurf für Sorgfaltspflichten von Unternehmen in globalen Lieferketten bekannt wurde. Aber die Aufbruchsstimmung

währte nur kurz. Keine zwei Wochen später stützte Arbeitsminister Hubertus Heil den Vorschlag seines Kollegen Gerd Müller als „wesentlichen Denkanstoß“ zurecht und stellte klar: Sein Ressort werde nun die Führung übernehmen.

Man werde in einem Jahr wieder darüber reden, erklärte Heil bei einem Auftritt mit Gastgeber Gerd Müller beim BMZ-Zukunftsforum Mitte Februar. Erst wenn die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Men-

Brüssel und Berlin verweigern sich

Verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, in ihren Geschäften die Menschenrechte und die Umwelt zu achten, gewinnen in der Bundesregierung an Unterstützung. So scheint es jedenfalls. Die Minister Gerd Müller (CSU) und Hubertus Heil (SPD) befürworten sie. Aber den Entwurf für ein UN-Abkommen, das Staaten auferlegen würde, entsprechende Gesetze zu erlassen, lässt die Koalition links liegen. Das federführende Auswärtige Amt wollte dem Vernehmen nach zumindest Position beziehen. Im Kabinett wurde daraus aber nichts.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft wäre der Entwurf eine Basis für weitere Verhandlungen. Die Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und das Global Policy Forum kritisieren die Blockade. Armin Paasch von

Misereor verweist auf den Staudammbruch in der brasilianischen Stadt Brumadinho mit mehr als 300 Toten, der einmal mehr die mangelnde Sorgfalt durch transnationale Unternehmen verdeutlicht habe. Das deutsche Unternehmen TÜV Süd treffe hier womöglich eine Mitschuld.

Lia Polotzek vom BUND kritisiert, Deutschland und die Europäische Union lehnten es seit Beginn der Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat 2014 ab, sich daran inhaltlich zu beteiligen. Die Regierung dürfe aber den Multilateralismus nicht nur dann beschwören, wenn er den Interessen der Wirtschaft diene. Die EU hatte sich zuletzt von allen Verhandlungsergebnissen distanziert, Deutschland sich gar nicht geäußert. Daraus spricht für die Kritiker eklatantes Desinteresse. (maz)

schenrechte (NAP) in einem ersten Monitoring geprüft worden sei, werde über ein nationales Gesetz entschieden. „Dann sehen wir, wie wir in Europa vorankommen und was wir darüber hinaus noch tun können.“

Das Arbeitsministerium nimmt sich der Sache an, verortet sie aber zunächst bei der Europäischen Union. Dort will Heil gemeinsame menschenrechtliche Standards für nachhaltige Lieferketten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einem Schwerpunkt machen, wenn Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 den Ratsvorsitz der EU übernimmt. Mit Frankreich, den Niederlanden und anderen Partnern solle bis dahin eine Mehrheit geschmiedet werden: möglichst mit den Ländern Ost- und Südeuropas, notfalls als eine Koalition der Willigen.

„Die Fixierung auf ein nationales Gesetz bringt nicht den Erfolg, den wir brauchen“, erklärt der SPD-Minister. Auch Entwicklungsminister Gerd Müller betrachtet das als „vernünftig“, fügt aber hinzu, wenn Nachdruck nötig sei, werde man eine nationale Lösung suchen. Was das Arbeitsministerium in die EU-Debatte einbringen will, ist noch offen. Heil spricht von einer Regelung für innerbetriebliche Standards von großen europäischen so-

wie außereuropäischen, in der EU tätigen Firmen. In der Vergangenheit war Berlin in Brüssel bemüht, den Mittelstand von aufwendigen Dokumentationspflichten in Zusammenhang mit Unternehmensverantwortung zu verschonen. Heil hat angekündigt, in einem Gutachten „Risikobereichen“ zu identifizieren und mit ihnen in den Dialog treten zu wollen. Es gehe etwa darum, Rohstoffe zu akzeptablen Bedingungen zu fördern.

Der Entwurf aus dem BMZ sieht vor, alle rund 14.000 großen und in sogenannten Hochrisikosektoren auch alle mittelständischen Betriebe in die Pflicht zu

nehmen – dazu gehören Landwirtschaft, Bergbau, Nahrung, Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhe, Elektrogeräte und Energieversorgung. Die Unternehmen sollen laut Entwurf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in den Geschäftsbeziehungen analysieren und Maßnahmen für Prävention und Abhilfe ergreifen. Vorgesehen ist dort auch eine Beschwerdemöglichkeit und der Schutz von Hinweisgebern.

Nach Einschätzung von Rechtsexperten sind große Unternehmen und die meisten Mittelständler mit vergleichbaren Systemen für ihr Risikomanagement vertraut. Für

Überraschung hat gesorgt, dass der BMZ-Entwurf für Wertschöpfungsketten neben den Menschenrechten auch Umweltbelange einbezieht. Bislang seien beide Rechtsgebiete nur in dem französischen Sorgfaltsgesetz sowie in einer Schweizer Konzerninitiative zusammengeführt, so ein Fachanwalt. Im Umweltrecht seien Sorgfaltspflichten neu. Heil selbst legte in seiner Rede den Fokus auf Vereinigungsfreiheit, Sozialpartnerschaften sowie sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Absicherung. Das Umweltbundesamt plant ein eigenes Gutachten in der Sache.

Der gemeinsame Auftritt der Minister war ein Signal an die Wirtschaft, dass eine gesetzliche Verankerung von Sorgfaltspflichten auch in Deutschland unvermeidbar sein wird. Das sieht auch der Nationale Aktionsplan vor; zumindest dann, wenn die freiwilligen Meldepflichten keine Wirkung zeigen. Ob das der Fall ist, wird in den Jahren 2018 bis 2020 in drei Stufen geprüft. Heil erwartet bereits 2019 erste aussagekräftige Daten zur Bewertung. „Vielleicht hilft diese Debatte, dass sich möglichst viele beteiligen“, mahnte er.

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin des evangelischen Hilfswerks Brot für die Welt, begrüßt, dass frühzeitig ein Anstoß erfolgt. Kritik übt sie am Ablauf des Verfahrens, erst europäisch zu sondieren und dann eventuell national zu handeln. Sie fordert, Deutschland solle mit hohen Ambitionen vorgehen. **Marina Zapf**

BERLIN

Ungewissheit für die Hilfe in Afghanistan

Die FDP fordert „echte Ausstiegsszenarien“

Die Diskussion um einen Abzug der US-amerikanischen Truppen vom Hindukusch verunsichert auch deutsche zivile Helfer. Die Opposition im Bundestag kritisiert, die deutsche Entwicklungspolitik sei nicht darauf vorbereitet, dass der Militäreinsatz beendet werden könnte.

Deutschland zahlt jährlich 430 Millionen Euro in die Entwicklungshilfe in Afghanistan und ist damit der zweitgrößte Geber in dem zentralasiatischen Land. Das Geld fließt

unter anderem in die kommunale Infrastruktur sowie die wirtschaftliche Entwicklung und gute Regierungsführung. Darüber hinaus beteiligen sich bis zu 1300 deutsche Soldaten im Rahmen der Nato-Mission Resolute Support an der Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Armee und Polizei.